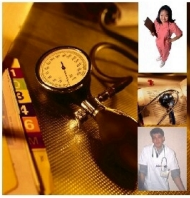


"Giving thanks always for all things
unto GOD and the Father in the
name of our LORD JESUS CHRIST".
Ephesians 5:20



Andreas Klamm

[Andrew Klamm]

Krankenpfleger
Rettungsanitäter
Journalist

nurse (RN)
paramedic (EMS)
journalist (D.o.G.)

Andreas Klamm – Schillerstr. 31 – D 67141 Neuhofen - Germany

E I N S C H R E I B E N

**Office of the High Commissioner for Human Rights
UN Human Rights Council**

Palais de Nations

8-14 Avenue de la Paix

CH1211-Geneva 10

SWITZERLAND

Tel. 0 162 375 330 0

Tel. 0 6236 416 802

Schillerstr. 31

D 67141 Neuhofen

Deutschland

20. Dezember 2006

COMPLAINT AND REPORT OF VIOLATIONS AGAINST THE HUMAN RIGHTS IN GERMANY

This Document Is Written In The GERMAN Language !

M E L D U N G U N D B E S C H W E R D E

gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen der VERLETZUNG VON MENSCHENRECHTEN

**Sehr geehrter Herr UN HOHER KOMMISSAR FÜR MENSCHENRECHTE
beim Menschen-Rechts-Concil !**

In der Anlage erhalten Sie eine Abschrift einer **Beschwerde, die ich bei Frau Ministerin Dr. Monika Stolz, MdL, vom Ministerium für Arbeit und Soziales noch heute am 20. Dezember 2006** eingereicht habe.

Laut der Auskunft eines Mitarbeiters der AOK Mannheim im Beisein meiner Chefin bei der Firma MPL Mannheim, „muss die AOK erst prüfen, ob bei einem befristeten Vollzeit-Arbeitsverhältnis ein Krankenversicherungs-Schutz entsteht.“ Leider konnte mir der Mitarbeiter weder das Gesetz noch Paragraphen nennen, die diese neue Regelung „keine Krankenversicherung bei befristeten Vollzeit-Arbeitsverhältnissen“ regelt, nennen.

Seit 1984 bin ich Journalist, seit 1993 Gesundheits- & Krankenpfleger. Allerdings bin ich kein Jurist, Anwalt oder Vergleichbares und habe daher keine juristischen Kenntnisse. Zudem bin ich nach zwei Unfällen und einer chronischen Erkrankung an Hepatitis C behinderten und mit schwerbehinderten Menschen gleichgestellt. Das ist den deutschen Behörden nachweisbar bekannt.

Der Ihnen in der nachfolgenden Abschrift vorliegende Sachverhalt stellt meiner Überzeugung nach einer Verletzung der Menschenrechte durch die Bundesrepublik Deutschland dar nach folgenden Artikeln der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Die AOK ist die staatliche, gesetzliche Kranken-Versicherung:

IFN International Family Network d734, christian charity ministry

**Andreas Klamm, Journalist, Gesundheits- & Krankenpfleger, Schillerstr. 31,
D 67141 Neuhofen, Deutschland, Tel. 0 162 375 33 00,**

email: redaktion@ifnd734.org, andreasklamm@hotmail.com,

Internet: www.ifnd734.org, www.ifnd734.de, www.ifntelelevision.org

„So lasst uns nun, wo wir Gelegenheit haben, an jedermann Gutes tun, besonders aber an den Hausgenossen des Glaubens“.

Galater 6:10, Die Bibel, Neues Testament [Übersetzung nach Franz Eugen Schlachter]

Artikel 7

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch **auf gleichen Schutz gegen jede Diskriminierung**, die gegen diese Erklärung verstößt, und gegen jede Aufhetzung zu einer derartigen Diskriminierung.

Artikel 22

Jeder hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht **auf soziale Sicherheit und Anspruch darauf**, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit sowie unter Berücksichtigung der Organisation und der Mittel jedes Staates in den Genuß der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlich sind.

Artikel 23

1. Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.
2. **Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.**
3. **Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.**
4. Jeder hat das Recht, zum Schutz seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und solchen beizutreten.

Artikel 25

1. **Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen gewährleistet sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.**
2. Mütter und Kinder haben Anspruch auf besondere Fürsorge und Unterstützung. Alle Kinder, eheliche wie außereheliche, genießen den gleichen sozialen Schutz.

Artikel 28

Jeder hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.

Daher bitte ich Sie heute herzlichst um Prüfung und soweit möglich um Hilfeleistung !

Zudem bitte ich zu prüfen, ob Sie mir eine Hilfe gewähren können und bitte Sie heute auch um Hilfe zum Wechsel meiner Staatsbürgerschaft. **Ich möchte die deutsche Staatsbürgerschaft wechseln in die amerikanische oder britische Staatsbürgerschaft. Aus sozial-politischen Gründen kann ich es mit meinem Gewissen nicht mehr vereinbaren, die deutsche Staatsbürgerschaft für eine längere Zeit zu haben.** Daher bevorzuge ich die amerikanische oder britische Staatsbürgerschaft und Bitte um Hilfeleistung beim Wechseln der Staatsbürgerschaft.

Vielen Dank für Ihre Mühe, Hilfe und freundliche Unterstützung!

Ein frohes, gesegnetes und besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr !

Mit freundlichem Gruß

Andreas Klamm
Gesundheits- & Krankenpfleger, Journalist

ABSCHRIFT :

B E S C H W E R D E

**Andreas Klamm gegen AOK Mannheim,
Thema: „Keine Krankenversicherung in einem befristeten regulären Arbeitsverhältnis, Vollzeit“**

Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Monika Stolz, MDL !

Am 1. Dezember 2006 begann ich in einem regulären Vollzeit-Arbeitsverhältnis bei dem Zeitarbeitsunternehmen MPL in einer befristeten Beschäftigung zu arbeiten.

Leider erkrankte ich zwischenzeitlich. **Doch laut Auskunft am Telefon der AOK Mannheim sei ich nicht krankenversichert.**

Daraufhin rief meine Chefin von der Firma MPL bei der AOK am Mittwoch, 20. Dezember 2006 gegen 12.40 Uhr an, um die Sachlage zu klären.

Von einem Herrn Majeschewski (* SCHREIBWEISE nicht bekannt, es kann auch ein Hörfehler vorliegen) erhielt Sie die Auskunft, **es läge keine Meldung bei der AOK Mannheim**, bei der ich versichert war vor. **Zwecks Klärung der Frage, wie lange ich bei der AOK versichert bin, wollte ich mit dem Herrn Majeschewski ebenso sprechen.**

Von dem Mitarbeiter der AOK erhielt ich im Beisein meiner Chefin folgende Auskunft: **„Wenn Sie sich in einem vorne herein so kurzfristigen Arbeitsverhältnis befinden, muss die AOK prüfen, ob bei einem solchen Beschäftigungsverhältnis überhaupt ein Versicherungsverhältnis zustande kommt“.**

Ich bat um Nennung des Gesetzes und der Paragraphen, **die regeln, dass bei einer, wenn auch befristeten Vollzeit-Beschäftigung, keine Krankenversicherung zustande kommt.** Das konnte mir der nette AOK-Mitarbeiter leider nicht nennen. Zudem wies ich den Herrn auf eine bestehende gesundheitliche Notsituation hin. Daraufhin kündigte ich weitere Schritte an.

Daher reiche ich hiermit BESCHWERDE gegen die AOK MANNHEIM in Baden-Württemberg ein.

Zudem bitte ich um Informationen über das Gesetz, **welches regelt, dass Arbeitnehmer in einer Vollzeit-Beschäftigung, wenn dieses befristet ist, nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung, krankenversichert sind.**

Bislang habe ich von einem solchen Gesetz in Deutschland noch nichts gehört. Allerdings befand ich mich in einer Beschäftigung im Ausland, so dass mir möglicherweise einige aktuelle Informationen aus Deutschland nicht vorliegen.

Da diese gesetzliche Änderung, **„wer in einem befristeten Vollzeit-Arbeitsverhältnis arbeitet, ist nicht krankenversichert“**, mehrere tausend bis Millionen Menschen in Deutschland betrifft besteht ein sehr großes öffentliches Interesse an einer solchen gesetzlichen Neuregelung.

Können Sie mir bitte zudem erklären, weswegen ich dennoch ganz regulär in der Lohnsteuerklasse 1 versteuert werde und weswegen ich Abgaben in die staatlichen Sozial-Versicherungen (Kranken, Arbeitslosen, Renten, etc.) bezahlen muss, **wenn man in einem befristeten Arbeitsverhältnis nicht mehr krankenversichert ist?**

Erlauben Sie mir eine konstruktive Kritik: Diese Regelung **bestraft jeden arbeitswilligen Menschen, der bereit ist auch als behinderter und mit schwerbehinderten Menschen gleichgestellter Arbeitnehmer, was in meiner Situation nach zwei Unfällen und einer chronischen Hepatitis C zutrifft, in befristeten Arbeitsverhältnissen zu arbeiten.** Damit sehe ich ohne juristische Kenntnisse eine unangemessene **schwere Benachteiligung und Diskriminierung von Menschen** in Baden –Württemberg und in der Bundesrepublik Deutschland.

Daher werde ich auf Bundesebene und auf Europa-Ebene prüfen lassen, ob eine solche gesetzliche Neuregelung, die mir bislang nicht bekannt war, im Einklang mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht.

Völlig unklar ist jetzt die Situation, zwei Tage vor Weihnachten, wie ich als behinderter und schwerbehinderter Mensch und leider jetzt auch noch als kranker Bürger, eine medizinische Versorgung erhalten kann. Leider bin ich beim Amtsgericht bekannt insolvent, das meint zahlungsunfähig. **Leider reicht mein Einkommen nicht aus, um einen Arzt privat zu bezahlen. Damit ist mir eine medizinische Versorgung mit einem regulären Arbeitsverhältnis in Deutschland nicht möglich.** Das ist meinem Verständnis nach **gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, New York, 1948.** Daher bitte ich dringend um Prüfung und um Klärung der Sachlage. Welche Alternativen gibt es? **Soll ich mich arbeitslos melden, obgleich ich in einer Vollzeit-Beschäftigung stehe, wenn auch nur befristet?**

Bei mir ist dringend eine ärztliche Behandlung notwendig. Zudem bestehen berufliche Interessen als staatlich examinierter Gesundheits- & Krankenpfleger, Rettungssanitäter **und Journalist.**

Zur weiteren Prüfung der allgemeinen Sachlage und Anregung auf bessere Lösungen zu dieser Frage in der bevorstehenden Gesundheitsreform habe ich dieses Schreiben zu diesem Vorgang an die Gewerkschaften, DGB und der Presse im In- und Ausland übermittelt.

Vielen Dank im voraus für Ihre freundliche Arbeit, Mühe und Unterstützung.

Ein frohes, gesegnetes und besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr !

Mit freundlichem Gruß

Andreas Klamm
Gesundheits- & Krankenpfleger, Journalist